Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 97 (1971)

Heft: 44

Rubrik: Spott-Revue

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Ein König stirbt

Das kann ja schön werden! Man möchte also, nach getaner Arbeit, noch schnell einen Schoppen trinken.

Aber die trauliche Wirtschaft ist geschlossen.

Man will die Gemahlin für einen Abend von lästigem Hantieren am häuslichen Herd, von Zwiebelschneiden und Kartoffelschälen befreien und lädt sie in ein renommiertes Speiselokal zu delikatem Auswärtsmahl ein.

Aber das Etablissement gibt nur noch bis 20 Uhr warme Köstlichkeiten und löscht zwei Stunden später bereits die Lichter.

Man gedenkt, seine Ferien im Touristenland Schweiz zu verbringen, verzichtet auf Adria oder Bretagne, logiert sich in ein eidgenössisches Hotel ein – und muß zweimal pro Woche das Zimmer selbst aufräumen, kann das Frühstück nicht mehr ans Bett klingeln, hat schließlich die Koffer (mit den allernotwendigsten zwanzig Röcken und Ensembles und Kostümen für alle Fälle ...) pustend und schweißtriefend persönlich durch die Drehtüre ins Auto zu schleppen.

Ich male weder schwarz noch Gespenster an die Wand, sondern sinniere fassungslos über schrillen Zukunftstönen, die Vertreter unseres so berühmten Gastgewerbes in aufrüttelnden Presse-Publikationen verlauten lassen.

Ein ebenso besorgter wie streitbarer Zürcher Wirt hat seine Berufskollegen gar zum Streik aufgerufen – ich sehe mich schon fröstelnd, mit blaugefrorenen Ohren, im steifen Januarwind auf einer eisüberzogenen Parkbank unter entlaubten Bäumen ein Picknick mit Bürli und gekochtem Schinken abhalten, zitternd eine Schnapsflasche zum Munde führen, um innere Wärme zu erzeugen.

«Der Gast wird nicht mehr König sein», mußte ich lesen, und im Geiste habe ich Szepter, Krone und alle übrigen Insignien meiner bisherigen Würde bereits im Museum deponiert.

Denn: es fehlen 30 000 Hotelangestellte, es fehlen jene Giovannis und Lucias und Achmeds und Stavrosse, die uns und – vor allem – den lieben, devisenbringenden Gästen from all over the world – Entspannung und Erholung überhaupt ermöglichten.

Die Zahl der Uebernachtungen, so weist eine Statistik aus, hat sich seit 1950 mehr als verdoppelt und betrug im letzten Jahr 33 914 Millionen – der Gesamtbestand der im Gastgewerbe beschäftigten kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte ging jedoch von 1956 bis heute um über einen Viertel zurück.

Aber auch Schweizer, die notgedrungen täglich kulinarisch fremdgehen, sehen die bisher prompte Nahrungszufuhr zur Mittagsstunde gefährdet: 1,5 Millionen Mahlzeiten werden pro Tag in Stadtbetrieben verabreicht – noch verabreicht, muß man sagen, denn auch das könnte sich ändern.

Der hohe Bundesrat hat sich nun mit einem 13seitigen Bittschreiben zu befassen, das die trüben Aussichten in Hotellerie und Gastgewerbe derart drastisch schildert, daß einem wirklich der Auswärts-Appetit vergeht. Und die Hotel-Bettruhe raubt.

Vielleicht zeigen unsere Landes-

väter Einsicht. Man stelle sich nur vor, auch Bern würde von den Restriktionen betroffen. Keine Diplomatenessen mehr, keine Arbeitslunches, während der Sessionen müßten die National- und Ständeräte in den Wandelgängen des Bundeshauses aus Kochkisten verpflegt werden, die eigens und eilig aufgebotene WK-Kontingente im Ablösungsdienst feldmarschmäßig anzuheizen hätten. Anschließend gemeinsames Gamellen-Reinigen vor Debattenbeginn, von dem nur die Fraktionschefs zwecks Vorbereitung der Geschäfte zu dispensieren sind.

Selbstverständlich wäre auch die Dauer der einzelnen Sitzungen rigoros einzuschränken: irgendwann muß den Ratsherren schließlich Zeit gegeben werden, in ihren Hotelzimmern die Betten zu machen. Dadurch wiederum würden noch weniger Pendenzen erledigt werden können, unsere Demokratie geriete aus den Fugen – der Willkür wären Tür und Tor geöffnet, weil man nichts mehr abschließend beraten kann.

Ich denke, der hohe Bundesrat wird sich großzügig zeigen.

Der schöne, unschöne Peter

Eigentlich, so könnte man sagen, ist jede Zeile, die man über diesen Mann schreibt, überflüssig. Denn dieser Mann meldet sich ja nur in der Bundesrepublik zu Wort, bei uns wird er nicht gedruckt und kaum zitiert, also was solls.

Bis vor wenigen Monaten war er ein unumschränkter Herrscher über ein Millionenreich, in der Presse-Geographie unter «Bild»-Zeitung registriert. Während seiner Regierungszeit verlor Axel Cäsar Springers Massenblatt einige Hunderttausend an Auflage, daraufhin wurde er, oberflächlich gesehen, in die administrative Versenkung hochkatapultiert, sein Name ist aus dem Impressum verschwunden, aber ein Kästchen durfte er behalten. Es wird allwöchentlich in «Bild am Sonntag» eingerückt, ein Briefmarken-Kon-

terfei ziert die Titelleiste, ein adretter, graumelierter Vierziger blickt dich an, schön, warnendes Funkeln in den Augen. Peter Boenisch.

«Meine Meinung» nennt er seine Kolumne.

Nun sind zwar sowohl «Bild» als auch «Bild am Sonntag» Presseerzeugnisse, die mehr gesehen denn angesehen sind. Aber sie erreichen ein Millionen-Publikum und mithin wird Peter Boenisch eben von Millionen gelesen.

Vornehmlich in der Bundesrepublik, ein bißchen jedoch auch in der Schweiz. Insofern kennt «Bild» keine Grenzen.

Ebensowenig wie Peter Boenisch. Seit Jahren spielt er auf Springers Bühne en suite die Rolle des weitsichtigen abgeklärten Immer-schongesagt-Habers. Er spielt Theater alten Stils, seine Schnoddrigkeit kleidet er in prunkvolle Satzgewänder, er pflegt die ausholende Wort-Gebärde, und wenn er seine Meinung zu Papier bringt, tippt er nicht mit zehn Fingern, sondern mit zehn Warnfingern.

Aber das barocke Décor täuscht. Hinter Samt- und Seide-Rhetorik lauern Hetze und Verhetzung.

Und, manchmal, die böswillige Unterstellung und die schlichte Unwahrheit.

Peter Boenisch bekämpft – flankiert von sämtlichen Blättern aus dem Hause Springer – die gegenwärtige Bundesregierung unter Willy Brandt. Das sei ihm selbstverständlich unbenommen. Das ist sein gutes Recht. Problematisch, ja gespenstisch wird die Sache allerdings nicht beim «daß» – sondern beim «wie».

Und hier öffnen sich die Schlagbäume der Bundesrepublik, hier werden plötzlich auch wir mitbetroffen. Denn dieser norddeutsche Rufer nach Ordnung hat helvetische Epigonen. Weniger mächtig zwar, weniger photogen auch und eine Spur biederer, gemessener. Nehmen wir uns doch kurz die Kolumne vor, die am 24. Oktober in «Bild am Sonntag» erschien, also nach jener Woche, in der Marion Gräfin Dönhoff den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und Willy Brandt den Friedens-Nobelpreis erhielten.

«Bild» hatte schon einige Tage zuvor – außer Verantwortung von



Boenisch – ganz am Rande ein markantes Beispiel dafür geliefert, wie man unangenehme, ja peinliche Tatsachen entstellt. In der Berichterstattung aus dem Bundestag, als die Wahl Brandts bekanntgegeben wurde, schrieb das Blatt, «alle Abgeordneten» hätten sich von den Sitzen erhoben, um dem Kanzler zu applaudieren. Daß in Wahrheit Dutzende von CDU- und CSU-Mitgliedern demonstrativ an den Sesseln klebenblieben, verschwieg man tunlichst. Aber nun zu Boenisch am Sonntag. Ich zitiere:

«Welch eine Friedenswoche - aber leider ist sie blutverschmiert. Erst bekam die rote Gräfin - die linksliberale Chefin der ZEIT - den Friedenspreis der deutschen Buchhändler. Dann wurde unser Kanzler von seinen norwegischen Freunden mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Und schließlich knobelte auch Oppositionschef Barzel ein bißchen mit. Ebenso geschickt wie geschwind reichte er SPD und FDP die Hand zu innerem Frieden.»

Einen Abschnitt weiter unten fährt er fort:

«Staunend lauschte das p. p. Pu-blikum den ungewohnt friedlichen Klängen, da fiel ein Schuß. In



Hamburg, Heegbarg 61, verblutete am 22. Oktober 1971 um 1.43 Uhr der Polizist Norbert Schmid (33), Vater von zwei Kindern, zusammengeschossen von po-litischen Irren.

Traurig, daß erst ein Schmid sterben muß, damit ein Kanzler be-greift, daß die Feinde der Demokratie nicht die rechten (Schreibtischtäter sind, sondern die linken Polizistenmörder.»

Man lese das sehr genau.

«... wurde der Kanzler von seinen norwegischen Freunden mit dem Friedensnobelpreis geehrt.» Und: «... Traurig, daß erst ein Schmid sterben muß, damit ein Kanzler begreift ...»

Ob solcher Worte verschlägt es

einem buchstäblich die Sprache. Der Vollständigkeit halber wird zwar auch Rainer Barzel kurz angefrozzelt – aber gleich darnach erhält die Zuerkennung des Nobelpreises den diffamierenden Hauch von Schiebung. Und kaum hat man dreimal leer geschluckt, wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen dem grauenhaften Polizistenmord und der Person Willy Brandt, wird mit leichter Hand schwere Verantwortung für ein Verbrechen zumanipuliert.

Natürlich verharrt Boenisch nicht im Persönlichen – was ein rechter Mahner sein will, wird allgemeingültig. Und so formuliert er: «Eine Gesellschaft, die sich nur noch aufregt, wenn die Münchner Polizei schlecht schießt, aber einen Mord an einem Hamburger Polizisten als Betriebsunfall verbucht, verurteilt sich selbst zum Unter-

Den Beweis, daß «die Gesell-schaft» den Mord am Hamburger Polizisten Norbert Schmid lediglich «als Betriebsunfall» verbucht, bleibt Boenisch - das nimmt man ohne Erstaunen zur Kenntnis schuldig. Und zu unguter Letzt überspringt er zur Abrundung auch noch kleinkarierte Parteigrenzen und beschwört alle politischen Kräfte:

«Kein Demokrat in diesem Lande wünscht eine Hexenjagd auf rote Propheten. Aber jeder Demokrat hat einen Anspruch darauf, daß dieser Staat sich wehrt und seine Bürger schützt. Gegen die Feinde von innen und außen. Und das ist nicht die Aufgabe einer Partei, das schaffen nicht SPD oder CDU/ CSU allein, das schaffen sie nur zusammen – oder gar nicht.»

Wie flott sich das liest. Und wie leicht übersieht man, daß die Mörder von Hämburg zuerst «politi-sche Irre» und fünfzig Zeilen spä-ter als «rote Propheten» bezeichnet werden.

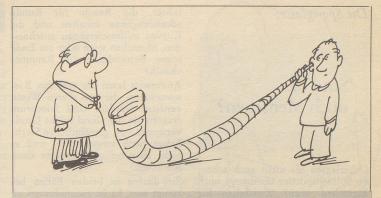
Eines allerdings ist Peter Boenisch zu danken: er überschätzt seine Schreibfertigkeit und unterschätzt zumindest jenen Teil seiner Leserschaft, dem er offenbar den glei-chen Intelligenz-Quotienten zu-billigt wie sich selbst. Er zielt – mit Schlägen unter die Gürtellinie - auf die amorphe Masse.

Gerade darum aber bleibt er gefährlich genug. Gerade darum aber haben wir wachsam zu sein, daß sich in unsere Blätter keine Boenische einschleichen. Auch wir sind in den letzten Monaten für unsachliche, emotionale Schmiere empfänglicher geworden. Auch hierzulande gibt es Leute, die mit politischer Konfrontation Demagogie verwechseln.

Wäre bei uns ein Peter Boenisch überhaupt denkbar?

Möglicherweise tatsächlich nicht. Boenisch schreibt exklusiv für «Bild am Sonntag».

Lasset uns hoffen, daß diese Vertragsklausel nie geändert wird.



Max Rüeger: Verse zur Zeit

Den neuen Räten gewidmet

Sie haben den Wahlkampf gekämpft. Sie gaben Versprechen ab. Vielleicht auch Rätsel auf. Aber so oder so: Sie wurden gewählt. **Ihre Gesichter** sind von den Plakatwänden verschwunden. Sie lächeln den Bürger nicht mehr an. Sie haben nun weniger zu lachen. Sie fahren vier Jahre lang regelmäßig aus allen Landesteilen nach Bern unter die Kuppel. Dort sitzen Sie und stehen ein, wofür einzustehen Sie sich verpflichteten. Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Prosperität, Entwicklungshilfe, Schlagkraft der Armee, UNO-Beitritt, Bildungspolitik, vermehrte Eigentumsstreuung, die Liste ist lang und wird noch länger, weil nicht alle unter allem das Gleiche verstehen. Sie werden stimmen und überstimmt werden. Aber diejenigen, die Ihnen stimmten. möchten Ihre Stimme hören. Und zwar genauso überzeugend, initiativ, verantwortungsbewußt wie während des Wahlkampfes. Man will Sie hören, wenn man auf Sie hören soll.